

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 23 (1982)  
**Heft:** 13

**Artikel:** Friedenskirche straft Pazifisten : katholische Basisgruppen zwingen die offiziellen Friedenspriester, ihre Militärfreundlichkeit öffentlich sichtbar werden zu lassen  
**Autor:** Szikra, Janos  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093795>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Janos Szikra zu einer aufschlussreichen Kontroverse um den Zivildienst in der ungarischen katholischen Kirche

# Friedenskirche straft Pazifisten

Katholische Basisgruppen zwingen die offiziellen Friedenspriester, ihre Militärfreundlichkeit öffentlich sichtbar werden zu lassen

Ende Mai dieses Jahres kam es bei einem katholischen Jugendtreffen in Ungarn zu einem Zwischenfall. Jugendliche verliessen eine Kirchenfeier aus Protest darüber, dass der ungarische Kardinalprimas den Vertretern der sogenannten Basisgemeinschaften unter den Katholiken die Mitwirkung am Gottesdienst untersagt hatte. Die von der kirchenamtlichen Presse heruntergespielte Begebenheit ist indessen symptomatisch.

Die Basisgruppen stehen nämlich in Opposition zur staatsfrommen Haltung der Hierarchie vor allem in der Friedensfrage. Als echten Beweis für Friedensbemühungen fordern sie vom Episkopat, er möge sich für die Schaffung eines Zivildienstes einsetzen.

Damit aber bringen sie sowohl die Kirchenführung als auch die staatlich unterstützten Friedenspriester und Friedenskomitees in eine Zwangslage. Sie müssen nämlich in ihrer Eigenschaft als Friedenskünder erklären, warum der Militärdienst eine gute Sache ist und seine Verweigerung zu Recht bestraft wird. Sonst überlassen sie den Armeegegnern das Feld, was die staatlichen Friedenskomitees, denen sie angeschlossen sind, nicht dulden würden.

Somit gibt es in der ungarischen Kirche eigentlich zwei Friedensbewegungen. Die offizielle, die zugleich für das Militär ist, und die inoffizielle, die gegen das Militär ist und deshalb mit kirchlichen Sanktionen bestraft wird.

Eine Auswahl. Auch für jene insbesondere christlichen Friedensbewegungen, welche sich hier bei uns für eine zivile Alternative zum Militärdienst einsetzen. Welchen Teil der Friedensbewegung drüben betrachten sie als ihren Partner? Den militaristischen oder den antimilitaristischen? An ihrem Umgang werden wir erkennen, ob sie mit der Friedensbewegung im Osten zusammenarbeiten oder mit der Propaganda-Abteilung des Kriegsapparates kollaborieren.

Als die Ostblockstaaten 1950 angebliche Friedenskomitees von Priestern gründeten, begannen sie auch organisatorisch, die Kirchen in ihre eigene «Friedenspolitik» einzuschalten. So entstand die Bewegung der «Friedenspriester». Sie diente als internationaler Aushang, war aber in den betreffenden Ländern selbst mit leeren Kirchen verbunden, da zwischen den Gläubigen und dem staatlich vereinnahmten Klerus ein Graben entstand.

Die priesterlich bemannte Friedensbewegung setzte sich keineswegs für den Frieden schlechthin ein, sondern nur für den «gerechten Frieden», so wie ihn die Herren des sozialistischen Kriegsapparates verstanden.

Diese definieren die eigene Kriegsführung als Revolution, den Sieg der eigenen Waffen als Herbeiführung des gerechten Friedens. Deshalb ist der «Pazifismus», der den Krieg unbeschadet seiner Vorzeichen und Umbenennungen ver-

wirft, im ganzen Ostblock verboten und wird durchaus offiziell (was man im Westen häufig nicht realisiert) als Uebel bekämpft.

Ein Musterbeispiel für den Einsatz der «Friedenspriester» für die Revolution ist das Dokument, das die Christliche Friedenskonferenz (gegründet 1958, Sitz in Prag) als Reaktion auf die Tagung des Weltkirchenrates von 1975 in Nairobi veröffentlichte. Da heisst es in Punkt 23:

*«Es ist uns klar geworden, dass es gesellschaftliche Situationen geben kann, in denen nur eine revolutionäre Veränderung Recht schaffen kann. In einer solchen Situation bleibt dem Christen nichts anderes übrig als diese Form, Recht zu schaffen. (...) Wenn die Christen sich für die Revolution einsetzen, leiten sie das Recht dafür nicht aus der Idee der Revolution, sondern aus dem Evangelium ab.»*

So eine Revolution zum Beispiel ist der Krieg in

Afghanistan. Ihm haben Friedenspriester nicht zu opponieren.

## Staatliches Friedensornat für katholische Kirche

Pars pro toto wollen wir hier die «Bewegung» der katholischen Friedenspriester in Ungarn darstellen.

Im Frühjahr 1950 bildete man in Ungarn ein «Friedenskomitee katholischer Priester» unter Leitung von Msgr. Beresztoczy, dem man zuvor im Gefängnis gut zugeredet hatte. (Später wurde er Vizepräsident des Parlaments.) Die (nur anfänglich) irreführende Parole der Gruppe lautete: «Treu zu Kirche und Vaterland.»

In den folgenden Jahren steigerten Partei und Staat den Druck auf das Episkopat, hier mitzumachen. Als man am 24. Mai 1957 aus dem Nationalkomitee der Friedenspriester ein Katholisches Komitee des Nationalen Friedensrates schuf, waren schon fünf Bischöfe dabei. Unter ihrer Obhut entstand dann wiederum das katholische Friedenswerk «Opus Pacis». Laut Statuten unterstand es dem Episkopat; den Vorsitz hatte Beresztoczy. Mit der Staatsführung bestand «Zusammenarbeit».

Ueberdies arbeiteten verschiedene Friedenskomitees von Priestern in staatlichen territorial gegliederten Verwaltungseinheiten, die nicht einmal formell der Leitung der Bischöfe unterstanden, sondern ganz direkt den staatlichen Friedenskomitees angeschlossen waren.

## «Basisgruppen» fordern Zivildienst statt Militärdienst

Indessen sah sich diese Pseudo-Friedensbewegung später mit einer echten Friedensbewegung konfrontiert und liess in der Auseinandersetzung ihre militärfreundlichen Positionen sichtbar werden, ebenso ihre Billigung von Repressionsmassnahmen gegen christliche Pazifisten.

Im Rahmen der katholischen Kirche sind in Ungarn in den letzten Jahren kleinere bis grössere Gemeinschaften entstanden, welche die staatsfromme Politik der Kirchenführung kritisch hinterfragen. Unter ihnen sind die sogenannten Basisgemeinschaften besonders aktiv. Sie setzen sich unter anderem für die Möglichkeit ein, den Militärdienst aus Gewissensgründen durch einen Zivildienst zu ersetzen. Diese Gruppen sind ursprünglich von Laien gegründet worden, doch haben sich ihnen zunehmend auch junge Priester angeschlossen.

## Kirkensanktionen gegen Wehrkraftzersetzung

1979 wurde ein junger Akademiker verurteilt, weil er unter Berufung auf sein Gewissen den Militärdienst ablehnte. Die erwähnten Basisgemeinschaften ersuchten daraufhin die ungarische Bischofskonferenz, sich beim Staat für die Genehmigung eines waffenlosen Sozialdienstes einzusetzen, was diese jedoch ablehnte.

Zwei Jahre später löste ein weiterer Fall nunmehr auch unter Priestern ungewohnte Empörung aus.

Im Sommer 1981 ergriff der ungarische Primas, Erzbischof Laszlo Lekai, disziplinarische Massnahmen gegen den Kaplan Laszlo Kovacs, der als Jugendseelsorger tätig war. Kovacs wurde

wegen seiner pazifistischen Ansichten in seinem Amte suspendiert. Am 6. September billigte die Bischofskonferenz diesen Entscheid.

**Junge Priester schreiben dem Primas: mit Mut und – Dialektik**

Gegen diese (und eine weitere analoge) Massregelung protestierten sechs katholische Priester mit einem Schreiben an den Primas.

Das Schreiben stellt ein bemerkenswertes Dokument dar. Wir bringen es mit einigen Kürzungen.

«Mit Bestürzung haben wir erfahren, dass Sie den Kaplan Laszlo Kovacs in seinem Amt suspendiert haben. Für diese Massnahme spielte die Tatsache eine Rolle, dass sich unser Freund oft

und offen gegen den Militärdienst aussprach. (...)

Wir haben erfahren, dass die Predigt unseres geistlichen Bruders Laszlo Kovacs (bei der er die inkriminierten pazifistischen Aeusserungen tat) unter den Priestern des Erzbistums Kalocsa nicht auf Ablehnung, sondern auf Verständnis stiess. Die Priester weigerten sich, eine Erklärung zu unterschreiben, die Laszlo Kovacs verurteilte, wie dies von Geza Kovacs, Verwaltungsdirektor des Erzbistums, gewünscht wurde, der den Text aufgesetzt hatte. Trotzdem teilte Geza Kovacs dem Primas mit, dass die Predigt von Laszlo Kovacs einstimmig verurteilt worden sei.

Ferner beanstanden wir, dass der Kaplan von Pomar, Andras Gromon, von Bischof Imre Kis-

berek vor Kirchengenicht gestellt und provisorisch suspendiert wurde, weil er eine Rede des Herrn Primas und die Erklärung des Katholischen Komitees des Nationalen Friedensrates (OBKD), erschienen in der Zeitung «Uj Ember» (Wochenzeitung der katholischen Kirche, Budapest), kritisiert hatte. Wir sind der Meinung, dass die ungarischen Bischöfe in der heutigen schweren Zeit jenem Weg folgen sollten, den die evangelische Kirche der DDR unter den dortigen, noch viel schwereren Verhältnissen beschreitet.

Gleichzeitig haben wir mit Freude gelesen, dass österreichische Jugendliche ihre Solidarität sowohl mit den ungarischen als auch mit den ost-deutschen und tschechoslowakischen Jugendlichen zum Ausdruck brachten, die sich weigern, Militärdienst zu leisten, und deshalb von den offiziellen Kirchenführern verurteilt werden. («Wiener Kirchenzeitung», 18. Oktober 1981; Anmerkung der ungarischen Quelle.)

Aus dem marxistischen Geschichtsbuch haben wir gelernt, dass die Kirche immer auf der Seite der regierenden Klasse stand (...) und der Ideologie der herrschenden Klasse diene. Leider war es in vielen Fällen so. Es scheint nun aber, dass die gegenwärtige ungarische Hierarchie diesen Weg fortsetzt, dass sie von den heutigen aktuellen Problemen keine Kenntnis nimmt, dass sie jene, welche sie aufwerfen, mit mittelalterlichen Methoden beiseite zu stellen sucht. Heute, da selbst die Führer der Grossmächte über Abrüstung sprechen, ist es unverständlich, dass das Oberhaupt der ungarischen Kirche eine Lanze für die militärische Gewalt bricht.

Wir bitten daher um Rücknahme der Massnahmen, die gegen zwei unserer geistlichen Brüder ergriffen worden sind.»

Die Kirchenführung trat auf dieses Gesuch nicht ein, bekräftigte aber ihr Bekenntnis zur bewaffneten Landesverteidigung.

Kardinalprimas Lekai führte auf einer Landessitzung der Katholischen Komitees des Nationalen Friedensrates im Herbst 1981 aus:

«Es ist notwendig, die Verteidigung des Vaterlandes zu lernen. (...) Als Primas des Landes sehe ich mit Sorge, wie einige zur Uebertreibung neigende Priester und Gläubige unsere wehrpflichtigen Jugendlichen zur Verweigerung des Militärdienstes bewegen wollen. (...) Mit Bestürzung vernehmen wir, dass es Jugendliche gibt, die ihnen folgen. Wir sind betroffen: Kennen die Irreführer und Irreführten unsere ungarische Vergangenheit so schlecht?»

(«Katholikus Szo», katholische Wochenzeitung, Budapest, 4. bis 11. Oktober 1981.)

**Friedenspriester müssen «klären»: Militär ist gut bei uns**

Auch die offiziellen Friedenspriester bezogen nun Stellung, und zwar für die Festigung der militärischen Macht und gegen die Möglichkeit eines Zivildienstes. Sie betonten die «Notwendigkeit, der Bewegung der Wehrdienstverweigerung entgegenzutreten». (UKI-Pressedienst, Wien, Nr. 22, Januar 1982: «Konflikt der ungarischen Kirche und zwei unterschiedliche Pastoral-konzepte».) Kurz danach äusserte sich auch der Generalsekretär des Friedensrates, Bela Kovacs, im gleichen Sinn.

(Fortsetzung auf Seite 11)

**Forschungsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit**



Band 1  
**Handelspolitik gegenüber Entwicklungsländern im gewerblichen Bereich**  
Versuch einer Quantifizierung handelsfördernder und -hemmender Maßnahmen ausgewählter Industrieländer  
U. Möbius / S. Schultz  
1980. XII, 108 Seiten + 24 Seiten Anhang, broschiert, DIN A 5; DM 19,80  
ISBN 3 8039 0200 2

Band 2  
**Industrielle Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und Strukturanpassung**  
H. Körner / K.-H. Grünewald / J. Plathottathil  
1981. 126 Seiten, broschiert, DIN A 5; DM 19,80  
ISBN 3 8039 0201 0

Band 3  
**Deutsche Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern**  
Erfahrungen deutscher Unternehmen in Brasilien, Indien, Indonesien, Kolumbien, Mexiko und Tunesien  
G. Kayser / B. H.-J. Kitterer / W. Naujoks / U. Schwarting / K.V. Ullrich  
1981. 487 Seiten + 10 Seiten Anhang, broschiert, DIN A 5; DM 19,80  
ISBN 3 8039 0202 9

Band 4  
**Unterhaltung von Straßen in Entwicklungsländern**  
Auswertung von Erfahrungen für die Förderpraxis  
A. Hörhager / H. Kosche / P. Simmersbach  
1980. 135 Seiten, broschiert, DIN A 5; DM 19,80  
ISBN 3 8039 0203 7

Band 5  
**Industrialisierung im Nord-Süd-Dialog — Vorschläge zur dritten Generalkonferenz von UNIDO und Bewertung des Verlaufs**  
D. Kebschull / A. Naini / M. Stegger  
1980. 210 Seiten, broschiert, DIN A 5; DM 19,80  
ISBN 3 8039 0204 5

Band 6  
**Auswirkungen des Systems flexibler Wechselkurse auf die Entwicklungsländer**  
H.-P. Nissen / K. Behling  
1981. 156 Seiten, broschiert, DIN A 5; DM 19,80  
ISBN 3 8039 0205 3

Band 7  
**Futterwert forstlicher Pflanzen im Sahel**  
W. Zech  
1981. 172 Seiten, broschiert, DIN A 5; DM 19,80  
ISBN 3 8039 0206 1

Band 8  
**Ernährungssicherungsprogramme einschließlich Nahrungsmittelhilfe und ihre entwicklungspolitischen Auswirkungen in Empfängerländern**  
K.-H. Beißner / H.-R. Hemmer / K. Schleich / A.V. Stremplat / H.-U. Thimm  
1981. 233 Seiten + 52 Seiten Anhang, broschiert, DIN A 5; DM 19,80  
ISBN 3 8039 0207 X

Band 9  
**Nutzungsmöglichkeiten und -rechte der Entwicklungsländer an öffentlich geförderten technologischen Entwicklungen**  
M. Ripke / N. Wühler  
1981. 150 Seiten + 70 Seiten Anhang, broschiert, DIN A 5; DM 19,80  
ISBN 3 8039 0208 8

Band 10  
**Vergleich und Bewertung von Studienangeboten mit entwicklungspolitischer Ausrichtung in der Bundesrepublik Deutschland**  
K. Schnitzer / Ch. Breustedt  
1981. 329 Seiten + 20 Seiten Anhang, broschiert, DIN A 5; DM 19,80  
ISBN 3 8039 0209 6

**Weltforum Verlag**

Weltforum Verlagsgesellschaft für Politik und Auslandskunde mbH. München · Köln · London.  
Marienburger Straße 22 · D-5000 Köln 51 (Marienburg) · Telefon (0221)388011

masse an. Es fehlt fast an allem, an Brot, Mais, Fleisch und Reis.

● Die Rationierung von Mangelwaren funktioniert nicht mehr. Sie sind einfach nicht vorhanden, wenigstens für gewöhnliche Leute, die weder über Protektion noch über schwarz angehobene Kaufkraft verfügen.

● Wie inexistent zum Beispiel die Milchversorgung ist, zeigt ein Beispiel: Eine von Radio Budapest (in Rumänien gibt es eine grosse ungarischsprachige Minderheit) ausgestrahlte Werbekampagne «Milch statt Alkohol» wurde in der rumänischen Parteipresse als «antisozialistische Provokation» bezeichnet. Weil sie nur als Hohn empfunden werden kann von der Bevölkerung eines Landes, in dem es nicht einmal für Kinder genügend Milch gibt.

**Clan**

Angesichts dieser Zustände braucht es Sündenböcke, und darunter ein paar hohe. Was dabei intakt bleibt, ist das Familienunternehmen Ceausescu, das weitgehend Partei und Staat führt.

— Ministerpräsident Konstantin Dascalescu gehört, nicht anders als seine Vorgänger, durch Heirat zum weiteren Familienkreis des Chefs.

— Frau Elena Ceausescu, die Gattin, ist unter anderem Präsidentin der Akademie der Wissenschaften und kann nach Belieben bei der Vergabe von Posten im wissenschaftlichen Bereich mitreden (oder ihr Veto einlegen).

— Nicu Ceausescu, der Sohn, ist Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes.

— Gheorge Petrescu, ein Schwager, ist Stellvertretender Ministerpräsident.

Dem Prinzip der Familienunantastbarkeit scheint zu widersprechen, dass auch der Aussen-

handelsminister Cornel Burtica, verheiratet mit einer Nichte von Ceausescu, abgesetzt wurde. Doch stürzte man ihn nicht kompensationslos, sondern erhob ihn zum Trost in den Rang eines Stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden.

**Nationalmythos**

Neben der Sündenbockpolitik betreibt Rumänien auch Ablenkungspolitik.

Eines ihrer Mittel ist eine tüchtige chauvinistische Demagogie (die allerdings einen — erträglichen — Gegensatz zum sowjetisch befürworteten «Internationalismus» darstellt). Das rumänische Volkstum wird mit heroischen Gesten nach aussen verteidigt und nach innen aufgebläht, so dass sich die ohnehin diskriminierten nationalen Minderheiten (Ungarn, Deutsche, Ruthenen) auch noch minderwertig vorkommen müssen. Die neueste Masche ist die Entdeckung der Daker als Ur-Rumänen im Altertum. Man macht daraus eine homerische Mythologie, die aller-

dings zum Beispiel in Ungarn auch homerisches Gelächter hervorruft.



Richtet sich das grossgeschriebene rumänische Nationalbewusstsein nicht gegen die Sowjetunion? Am Rande schon, aber die Kompensation ist für die Sowjets auch da:

● Die Diktatur einer chauvinistischen Sippe in Rumänien dient immerhin der Erhaltung des Sowjetmodells. Ceausescus Partei bekämpft mit Vehemenz jede sozialkritische Regung im Inland, und das kann dem Kreml nur willkommen sein, anders als die Emanzipationsbewegungen à la Prager Frühling in der Tschechoslowakei oder Solidarnosc in Polen.

● So lange der Westen dem «eigenwilligen Rumänien» wirtschaftlich unter die Arme greift, entlastet das auch die Sowjetunion.

Insgesamt leistet sich Rumänien seinen «Sonderkurs» nicht auf Kosten der Sowjetunion, sondern auf Kosten des Volkes. or

**Friedenskirche**

(Fortsetzung von Seite 9)

Öffentlich besorgt zeigen sich ihrerseits die staatlichen Aufsichtsorgane über die Kirche. Das kam erst kürzlich auf einer Konferenz zum Ausdruck, die vom Erzbischof von Erlau einberufen worden war. Als Redner trat dort Staatssekretär Imre Miklos auf, der Leiter des Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten. Er führte aus:

*«In der Kirche kommen gewisse fehlerhafte Anschauungen zum Vorschein. Einige behaupten, der Militärdienst sei vom kirchlich-religiösen Standpunkt aus unzulässig.»*

(«Uj Ember», Budapest, 8. Mai 1982: «Der Dialog von Erlau».)

Die schlichte Wendung «in der Kirche» bedeutet hierbei wohl ein Eingeständnis. An sich würde die sozialistische Sprachregelung eher heissen, von fremden Elementen zu sprechen, die sich in die Kirche einzuschleichen suchten. Das ist in ungefähr analogen Fällen der Tenor in der Tschechoslowakei, wo man unbotmässige Priester nicht nur suspendiert, sondern auch verhaftet.

Nur fünf Jahre zuvor hatte sich in Ungarn der gleiche Staatssekretär Miklos noch wesentlich militanter ausgedrückt, als er pazifistische Strömungen in der reformierten Kirche qualifizierte. Vor der Synode der Ungarischen Reformierten Kirche sagte er 1977:

*«In letzter Zeit sind solche Versuche ganz offen unternommen worden. (...) Ueberall finden wir die gleichen Wurzeln: sinnlose Konzepte, die ausländischen politischen Interessen gut entsprechen.»*

(«Reformatusok Lapja», Wochenzeitung der reformierten Kirche, Budapest, 6. Februar 1977.)

**Der Misston beim Jugendtreffen**

Inzwischen ist es in der katholischen Kirche Ungarns schon zu einer Art augenfälliger Kraftprobe zwischen Hierarchie und «Basisgruppen» gekommen.

Das war Ende Mai dieses Jahres anlässlich eines Jugendtreffens in Nagymaros. Bei dieser Veranstaltung der katholischen Kirche nahmen zudem calvinistische und lutherische Jugendliche teil. Nun wollten auch die katholischen Basisgemeinschaften an der Gestaltung eines Gottesdienstes mitwirken, aber auf Anweisung des Primas wurde es ihnen verboten. Gegen diesen Entscheid protestierte eine Anzahl junger Leute durch demonstrativen Auszug aus der Kirche.



Artikel 63, Absatz 2 der ungarischen Verfassung hält fest: «Im Interesse der Gewährleistung der Gewissensfreiheit sind in der Ungarischen Volksrepublik Kirche und Staat getrennt.» Schon das Staatsamt für kirchliche Angelegenheiten widerspricht mit seiner Existenz und seiner Aufsichtsfunktion diesem Grundsatz. Ferner ist es der Kirche gesetzlich verboten, Politik zu treiben; sie soll sich auf die Seelsorge beschränken. Diesem theoretischen Soll widerspricht praktisch das Einspannen der Kirche in die sogenannte Friedenspolitik des Staates, welche gleichzeitig die Stärkung des Kriegsapparates im sozialistischen Lager abstützt.

Der Aufbruch einer katholischen Basisbewegung gegen Militär und eigene kirchliche Obrigkeit zugleich macht die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis sichtbar, sowohl auf dem Sektor Kirche als auch auf dem Sektor Frieden. Die Konfrontation veranlasst gleichzeitig die kirchlichen Vertreter des offiziellen Friedens, ihre Militärfreundlichkeit öffentlich an den Tag zu legen.

Wie staatsfromm darf die Kirche sein? Ein reformierter Pfarrer in Ungarn hat an die Adresse seiner Kirchenführung den Wunsch der Gläubigen so ausgedrückt:

*«Die Kirche soll dienen, aber nicht als Bedienstete.»* ■

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**  
Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**  
Peter Dolder

**Abonnementspreise (Inland)**  
Fr. 39.— jährlich  
Studenten und Lehrlinge Fr. 25.—  
Einzelnummer Fr. 2.—

**ZB-Auslandpreise**  
Fr. 42.—/DM 48.—  
Studenten Fr. 28.—/DM 32.—  
Einzelnummer Fr. 2.50/DM 2,80